

Die Geschichte des 20. Juli 1944, des missglückten Attentats auf Adolf Hitler, des ebenso gescheiterten Umsturzversuchs und der tödlichen Rache des NS-Regimes an den Verschwörern um Claus Schenk Graf von Stauffenberg ist bestens bekannt – möchte man meinen. Winfried Heinemann wartet dagegen mit überraschenden Fragen auf: Was geschah am Nachmittag und in den Abendstunden des 20. Juli im Berliner Bendlerblock, wo das Oberkommando des Heeres seinen Sitz hatte und wo das Unternehmen „Walküre“ seinen Ausgang nahm? Warum trafen die Soldaten des Wachbataillons, die den Staatsstreich vereiteln sollten, erst mit stundenlanger Verspätung am Ort des Geschehens ein? Und wer waren die Generalstabsoffiziere, die Stauffenberg und seinen Gesinnungsgenossen in den Arm fielen? Winfried Heinemann geht diesen Fragen nach, präsentiert weitgehend unbeachtetes Quellenmaterial und fügt einer bekannten Geschichte bislang unbekannt Facetten hinzu.

Winfried Heinemann

## Das Ende des Staatsstreichs

Die Niederschlagung des 20. Juli 1944 im Bendlerblock

### I. Gedenken und Forschung

Im Sommer 2019 jährten sich das Sprengstoffattentat auf Hitler sowie der Umsturzversuch von Nationalkonservativen in Uniform und Zivil vom 20. Juli 1944 zum 75. Mal. Während die Reden, mit denen an diese Ereignisse erinnert wurde, fast jedes Jahr ähnlich klangen, führte das Thema Widerstand gegen Hitler 2019 zu unerwarteten Diskussionen. In Deutschland erregte die Stauffenberg-Biografie von Thomas Karlauf die Gemüter.<sup>1</sup> Die Nachfahren der im Widerstand umgekommenen Verschwörer nahmen Anstoß an dessen These, Stauffenbergs Handeln sei durch die im Stefan-George-Kreis verbreitete „Ideologie der Tat“ und im Übrigen durch militärische Zweckmäßigkeitserwägungen motiviert gewesen.<sup>2</sup> International fand der Vorwurf eines polnischen Finanzwissenschaftlers Beachtung, Stauffenberg sei bereits 1939 in Polen mit Kriegsverbrechen der Wehrmacht in Berührung gekommen.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Vgl. Thomas Karlauf, *Stauffenberg. Porträt eines Attentäters*, München 2019; vgl. etwa die Rezensionen von Johannes Tuchel in der „Welt“ vom 16.3.2019 und den ausführlichen Kommentar von Klaus Naumann, *Vorbild Stauffenberg? Der 20. Juli 1944 und die postheroische Gesellschaft*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 64 (2019), S. 105–114.

<sup>2</sup> Vgl. die ablehnende Rezension von Jens Jessen in der „Zeit“ vom 7.3.2019.

<sup>3</sup> Vgl. Matthew Olex-Szczytowski, *The German Military Opposition and National Socialist Crimes, 1939–1944. The Cases of Stauffenberg, Tresckow, and Schulenburg*, in: *War in History* 25 (2019); bisher nur online vom 5.7.2019.

In beiden Fällen drehte sich die Debatte im Kern um die nachträgliche moralische Bewertung der handelnden Personen. Sie ist vielleicht kennzeichnend für den aktuellen Diskurs, der fast selbstverständlich unterstellt, der Widerstand sei ausgeforscht, und es komme nur noch auf die ethische Qualität des längst Bekannten an. Dabei ist aber das letzte umfassende Standardwerk zum Thema, Peter Hoffmanns „Widerstand – Staatsstreich – Attentat“, inzwischen 50 Jahre alt.<sup>4</sup> Ein halbes Jahrhundert Forschung hat jedoch unser Wissen über die Geschichte des Zweiten Weltkriegs revolutioniert, und das stellt auch die Einordnung des Widerstands in das Kriegsgeschehen auf eine völlig neue Grundlage. Der Holocaust (ein Begriff, den vor 50 Jahren noch niemand verwendete) stand damals noch keineswegs im Zentrum des Interesses und wurde nur von wenigen als integraler Bestandteil der Kriegführung des Dritten Reichs verstanden. Aber auch der 75. Jahrestag des gescheiterten Umsturzes im letzten Jahr hat niemanden veranlasst, ein ähnlich groß angelegtes Werk wie das von Peter Hoffmann vorzulegen. Dabei haben doch gerade in den letzten Jahren einige Einzelstudien erkennen lassen, wieviel Potenzial das Thema auch heute noch hat.<sup>5</sup> Der vorliegende Aufsatz will anhand eines Details solche Forschungslücken aufzeigen.

## II. Attentat und Aufstand

Am 20. Juli 1944 putschten in Berlin Teile des Heeres. Der Umsturzversuch war von langer Hand vorbereitet,<sup>6</sup> aber schon am Abend brach der Aufstand zusammen. Die Forschung hat sich seither ausgiebig mit den militärischen und zivilen

<sup>4</sup> Vgl. Peter Hoffmann, *Widerstand – Staatsstreich – Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler*, München 1969.

<sup>5</sup> Vgl. Linda von Keyserlingk-Rehbein, *Nur eine „ganz kleine Clique“? Die NS-Ermittlungen über das Netzwerk vom 20. Juli 1944*, Berlin 2018, und Winfried Heinemann, *Unternehmen „Walküre“*. Eine Militärgeschichte des 20. Juli 1944, München 2019.

<sup>6</sup> Die folgende Skizze der Ereignisse am 20.7.1944 stützt sich weitgehend auf die in ihrer Detailfülle unübertroffene Darstellung bei Hoffmann, *Widerstand*, sowie auf ders., Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Die Biographie, München 2007. Eine alle heute zur Verfügung stehenden Quellen berücksichtigende, präzise Ereignisgeschichte des 20.7.1944 wäre fast eine Sisyphusarbeit, ist aber gleichwohl ein echtes Desiderat. Vgl. auch die Zusammenstellung von Heinrich Walle, *Der 20. Juli 1944. Eine Chronik der Ereignisse von Attentat und Umsturzversuch*, in: Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.), *Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Bonn 1994, S. 364–376. Eine solche Ereignisgeschichte für das Geschehen in der „Wolfschanze“ war für den Sommer 2019 angekündigt, konnte aber für diesen Aufsatz nicht mehr ausgewertet werden: Uwe Neumärker/Johannes Tuchel, *Der 20. Juli 1944 im „Führerhauptquartier Wolfschanze“*, Berlin 2019. Die Darstellung des Geschehens bei Otto Ernst Remer, *Verschöpfung und Verrat um Hitler. Urteil des Frontsoldaten, Preußisch Oldendorf* <sup>3</sup>1984, S. 53 f., beruht nicht auf eigener Anschauung und ist höchst einseitig. Dieser Aufsatz entwickelt einige Gedanken weiter, die im Zusammenhang mit meiner Monografie „Unternehmen ‚Walküre‘“ entstanden sind; in diesem Band finden sich auch ausführliche weitere Literaturhinweise. Für geduldige und nie erlahmende Unterstützung bei der Archivarbeit für diesen Aufsatz bin ich Archivratsfrau Cynthia Flohr (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Freiburg) und Klaus A. Lankheit, dem Leiter des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin, zu großem Dank verpflichtet.

Angehörigen des nationalkonservativen Widerstands auseinandergesetzt sowie deren politische und gesellschaftliche Vorstellungen untersucht.<sup>7</sup> Wer dagegen auf der anderen Seite stand, also entscheidend in Berlin zum Scheitern des Umsturzversuchs beigetragen hat, ist bislang wenig beachtet worden. Zu selbstverständlich erschien es lange, dass der SS- und Polizeistaat seine ureigenste Rolle wahrgenommen habe. Es lohnt aber, danach zu fragen, ob das wirklich so war. Wie wirkten die verschiedenen Akteure im polykratischen System des NS-Staats bei der Niederschlagung des Aufstands zusammen? Eine solche Betrachtung ermöglicht auch einen anderen Blick darauf, wie die bisherige Fehlwahrnehmung entstanden ist. Beides will dieser Aufsatz versuchen.

Organisatorisch hatte sich die Umsturzplanung weitgehend auf das Ersatzheer und seine Strukturen gestützt; dessen Befehlshaber war Generaloberst Friedrich Fromm, der mit seinem Stab im Berliner Bendlerblock am Landwehrkanal stationiert war, ebenso wie das ihm unterstehende Allgemeine Heeresamt unter General der Infanterie Friedrich Olbricht, einem der führenden Verschwörer. Der Umsturzversuch hatte begonnen mit einem Bombenattentat auf Hitler, das Fromms Chef des Stabes (und Stellvertreter), Oberst i. G.<sup>8</sup> Claus Schenk Graf von Stauffenberg, gegen 12:30 Uhr im „Wolfschanze“ genannten „Führerhauptquartier“ in Rastenburg/Ostpreußen ausgeführt hatte. Hitler war der Detonation leicht verletzt entkommen. Stauffenberg hatte den Erfolg seines Sprengsatzes nicht sicherstellen können, dass er sich selbst mit in die Luft jagte. Vielmehr hatte er den Schauplatz des Attentats lebend verlassen müssen, weil nur er von Berlin aus den militärischen Staatsstreich leiten konnte. Das Attentat war nicht Selbstzweck, sondern sein Gelingen die Voraussetzung dafür, dass der Umsturz erfolgreich vollzogen und der Krieg beendet werden konnte.

Gegen 13:15 Uhr hob Stauffenbergs Kuriermaschine in Ostpreußen ab; zweieinhalb Stunden später landete sie in Rangsdorf, südlich von Berlin; Stauffenberg ließ sich mit dem Wagen nach Berlin fahren. Schon ab 14:00 Uhr ließ der mitverschworene Oberst i. G. Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim, Chef des Stabes des Allgemeinen Heeresamts, die vorbereitenden Befehle für das Unternehmen „Walküre“ an ihre Empfänger hinausgehen; gegen 16:30 Uhr traf Stauffenberg in seinen Diensträumen ein. Er meldete sich bei Fromm zurück und erklärte, er habe die Bombe in der „Wolfschanze“ gezündet; Hitler sei tot. Fromm aber hatte

<sup>7</sup> Neben dem bereits genannten Band von Hoffmann, *Widerstand*, vgl. hierzu aus der Fülle des Materials den nach wie vor wichtigen Sammelband von Jürgen Schmädede/Peter Steinbach (Hrsg.), *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler*, München 1985, sowie Winfried Heinemann, *Der militärische Widerstand und der Krieg*, in: Jörg Echternkamp (Hrsg.), *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 9/1: *Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939–1945. Politisierung, Vernichtung, Überleben*, Stuttgart 2004, S. 743–892.

<sup>8</sup> Der Dienstgradzusatz Stauffenbergs und der anderen Generalstabsoffiziere im Befehlsbereich des Ersatzheeres lautete eigentlich „des Generalstabes“ (d. G.), weil nur im Heer selbst Generalstabsoffiziere als „i. G.“ geführt wurden und das Ersatzheer dem Oberkommando der Wehrmacht unterstand. Andererseits unterstand der Chef Heeresrüstung dem Oberkommando des Heeres, so dass Verwechslungen vorkamen. Dem allgemeinen Gebrauch folgend verwende ich hier die Abkürzung „i. G.“ für „im Generalstab“.

mit dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, in Ostpreußen telefoniert und erfahren, dass Hitler überlebt hatte, und er verweigerte jede Beteiligung an dem Umsturzversuch.<sup>9</sup> Als Fromm seinen Chef des Stabes für verhaftet erklärte, wurde er seinerseits von Stauffenberg, Olbricht und Mertz festgenommen und in sein Dienstzimmer, später in seine angrenzende Dienstwohnung gesperrt. Zumindest auf den Fluren des Bendlerblocks schienen die Protagonisten des Umsturzes zunächst als Herren der Lage.

Aber im Laufe des Abends wendete sich das Blatt. Der Rundfunk brachte ab 17:00 Uhr die Nachricht, dass Hitler ein Attentat überlebt habe. Bei den Offizieren und Soldaten im Bendlerblock machten sich Zweifel breit: War das eine Propagandalüge, wie Olbricht und Stauffenberg glauben machen wollten, oder sollten sie hier in einen Militärputsch hineingezogen werden? Der Leiter des Nachrichtendienstes, Oberleutnant Wolfram Röhrig, begann, die weitere Übermittlung der Alarmsprüche zu verzögern. Auch im Stab des Allgemeinen Heeresamts formierte sich eine Gegenbewegung, bestehend aus Offizieren, die nicht eingeweiht waren und jetzt Sorge hatten, in eine gefährliche Situation zu geraten. Olbricht wurde in diesen Stunden von seinem Schwiegersohn begleitet, dem Major der Luftwaffe Friedrich Georgi. Nach dessen Bericht war es etwa 22:30 Uhr, als es zu einem Schusswechsel auf den Fluren des Bendlerblocks kam.<sup>10</sup> Stauffenberg wurde verwundet, und letztlich gelang es den regimetreuen Offizieren, die Initiative zurückzugewinnen, Fromm zu befreien und die Verschwörer zu überwältigen.

Fromm übernahm nun wieder die Führung seines Stabes – obwohl aus dem „Führerhauptquartier“ schon Hitlers Befehl gekommen war, der Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, sei der neue Befehlshaber des Ersatzheeres und Fromms Befehle seien nicht auszuführen.<sup>11</sup> Gegen Mitternacht erklärte Fromm, ein „Standgericht“<sup>12</sup> habe Olbricht, Stauffenberg, Mertz und Stauffenbergs Adjutanten, Oberleutnant Werner von Haefthen, zum Tode verurteilt. Gerade rechtzeitig erschienen gegen 23:30 Uhr im Innenhof des Bendlerblocks die ersten Soldaten des Berliner Wachbataillons, Fromm ließ aus ihren Reihen ein Erschießungskommando zusammenstellen und die vier Verschwörer exekutieren. Generaloberst Ludwig Beck, dem früheren Chef des Generalstabes, gab er die Gelegenheit zur Selbsttötung.<sup>13</sup>

Über das Scheitern des Umsturzversuchs ist viel geschrieben worden. Die Beteiligten, die man nicht schon in der Nacht erschossen hatte, wurden später vom Volksgerichtshof verurteilt und danach fast immer sofort gehängt. Unlängst ist in einer methodisch wie inhaltlich wichtigen Arbeit schlüssig dargelegt worden, was

<sup>9</sup> Vgl. Bernhard R. Kroener, „Der starke Mann im Heimatkriegsgebiet“. Generaloberst Friedrich Fromm – Eine Biographie, Paderborn 2005, S. 679–695.

<sup>10</sup> Vgl. Friedrich Georgi, „Wir haben das letzte gewagt...“ General Olbricht und die Verschwörung gegen Hitler, Freiburg im Breisgau 1990, S. 105 f. Vgl. auch den bei Kroener, Friedrich Fromm, S. 697 f., abgedruckten Bericht des Oberst i. G. Franz Herber.

<sup>11</sup> Vgl. ebenda, S. 696.

<sup>12</sup> Hoffmann, Widerstand, S. 601 f., und Kroener, Friedrich Fromm, S. 703.

<sup>13</sup> Vgl. Klaus-Jürgen Müller, Generaloberst Ludwig Beck. Eine Biographie, Paderborn 2008, S. 525–529.

genau die ermittelnde Gestapo über den Aufbau und die Strukturen der Verschwörung herausgefunden hat.<sup>14</sup> Die Berichte der Geheimpolizei an Hitler sind bis heute eine der zentralen Quellen für den militärischen und zivilen national-konservativen Widerstand.<sup>15</sup>

Wenn der Putsch in sich zusammenfiel, dann war dafür gewiss eine Vielzahl von Faktoren maßgebend, von denen das Überleben Hitlers der wichtigste war. Aber trotzdem lassen sich konkrete Personen identifizieren, Offiziere aus dem Stab des Befehlshabers des Ersatzheeres und aus dem Allgemeinen Heeresamt, die durch ihr Handeln dieses Scheitern im Bendlerblock herbeigeführt haben. Wer waren sie, und was ist aus ihnen nach dem 20. Juli 1944 geworden? Darüber ist bisher eher wenig bekannt; danach ist in der Literatur bisher auch nie gefragt worden.

### III. Aufstandsplanung und Friktionen

Der Bendlerblock, der historische Ort des Geschehens, beherbergt heute die Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Den weitaus größeren Teil des Gebäudekomplexes nimmt der Berliner Dienstsitz des Bundesministeriums der Verteidigung ein – ebenfalls bewusst mit Bezug zum Widerstandsgeschehen. Wenn das aber heutzutage den Eindruck erweckt, als seien alle oder doch die meisten der im Sommer 1944 dort tätigen Offiziere an der Verschwörung gegen das NS-Regime beteiligt gewesen, dann ist das irreführend. Vielmehr beschränkte sich der Kreis der Mitwisser und Beteiligten auf einige wenige, unter ihnen Olbricht, Stauffenberg, sodann Stauffenbergs Nachfolger als Chef des Stabes bei Olbricht, Oberst i. G. Mertz von Quirnheim, dazu ältere Offiziere wie der als Generaloberst verabschiedete Ludwig Beck, der von Hitler in Unehren hinausgeworfene Generaloberst Erich Hoepner und andere, die eigens für den Staatsstreich herbeigerufen worden waren. Später am Abend erschien der als Oberbefehlshaber der Wehrmacht vorgesehene Generalfeldmarschall Erwin von Witzleben, fuhr jedoch recht bald wieder weg, als er merkte, wie unsicher die Situation geworden war und dass es vorerst für ihn nichts zu tun gab. Hinzu kamen einige jüngere Offiziere wie Oberleutnant Ewald-Heinrich von Kleist, die als Verbindungsoffiziere fungieren oder andere Ad hoc-Aufgaben wahrnehmen sollten.<sup>16</sup>

<sup>14</sup> Vgl. Keyserlingk-Rehbein, NS-Ermittlungen.

<sup>15</sup> Vgl. Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Spiegelbild einer Verschwörung. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt, 2 Bde., Stuttgart 1984; vgl. dazu aber auch die quellenkritischen Bemerkungen von Arnim Ramm, Kritische Analyse der Kaltenbrunner-Berichte über die Attentäter vom 20. Juli 1944. Ein Beitrag zur Geschichte des militärischen Widerstandes, Marburg 2003.

<sup>16</sup> Vgl. Ludwig Freiherr von Hammerstein-Equord, Der 20. Juli 1944. Erinnerungen eines Beteiligten. Vortrag vor dem Europa-Institut der Universität des Saarlandes, Saarbrücken, 27.6.1994; intr2dok.vifa-recht.de/rsc/viewer/Document\_derivate\_00000082/312.pdf?page=1 [28.5.2019].

Der weitaus größte Teil des im Bendlerblock tätigen Personals dagegen war genauso wenig im Bilde wie die Soldaten an den Fronten oder in den Kasernen des Ersatzheeres in der Heimat. Auch die Angehörigen des Stabes des Befehlshabers des Ersatzheeres/Chefs Heeresrüstung und jene des Allgemeinen Heeresamts sollten zumindest vorerst in dem Glauben gelassen werden, die anlaufende Aktion sei eine Reaktion auf einen Putschversuch von Teilen des NS-Apparats. Stauffenberg und seine Mitverschwörer waren sich sicher, die ihnen unterstellten Stabs-offiziere gut genug zu kennen, und nahmen an, sie würden im Falle von Hitlers Tod die ihnen erteilten Befehle ausführen. Das wiederum setzte die Kontrolle der Nachrichtenwege voraus, sowohl der militärischen Kommunikation über Telefon und Fernschreiber als auch des Rundfunks.

Beides hatten die Verschwörer sehr wohl eingeplant, aber hier wirkte sich ein weiterer negativer Aspekt aus.<sup>17</sup> Alle hierfür vorgesehenen Maßnahmen hätten der ursprünglichen Planung zufolge bereits am Morgen, also vor Ausführung des Attentats, ausgelöst werden sollen. So war es auch am 15. Juli geschehen, als Stauffenberg bereits einmal mit der Bombe im Gepäck zum Vortrag beim „Führer“ gewesen war. Aus nie mehr ganz zu klärenden Gründen hatte er jedoch die Bombe nicht gezündet, und es war nur mit Mühe gelungen, die bereits in Gang gesetzten Alarmmaßnahmen als „Übung“ zu tarnen. Generaloberst Fromm, der sehr wohl wusste, was in seinem Befehlsbereich gespielt wurde, sich jedoch selbst bis zum Ende bedeckt hielt,<sup>18</sup> hatte Olbricht kräftig angeschnauzt, von weiteren Maßnahmen aber abgesehen. Die Folge war jedoch, dass sich beim nächsten Mal, also am 20. Juli, die Auslösung der vorbereitenden Alarmmaßnahmen zum eigentlich gedachten Zeitpunkt, also rechtzeitig für einen erfolgreichen Staatsstreich, nicht mehr realisieren ließ. So dauerte es dann bis zum Nachmittag, ehe es der beherzte Mertz von Quirnheim auf sich nahm, die Alarmbefehle hinauszugeben. Die Rundfunkmeldung vom Attentat – und davon, dass Hitler überlebt hatte – kam aber schon wenig später und danach immer wieder.

In Paris hatten die Verschwörer vorgesorgt; die wesentlichen Träger des Systems, also die Funktionäre der SS, des Reichssicherheitshauptamts, des Sicherheitsdiensts der SS und andere wurden planmäßig verhaftet; ihre Erschießung war vorbereitet. Auch in einigen wenigen Wehrkreisen liefen die vorbereiteten Alarmmaßnahmen an. In den meisten Wehrkreiskommandos jedoch dauerte es seine Zeit, bis die Alarmsprüche entschlüsselt waren; das Fernschreiben mit der Eröffnungszeile „Der Führer Adolf Hitler ist tot“ traf zusammen mit der Rundfunkmeldung, dass genau diese Voraussetzung nicht gegeben sei, und so hielten sich die Befehlshaber in den Wehrkreisen zumeist bedeckt.<sup>19</sup>

<sup>17</sup> Vgl. hierzu und zum Folgenden Heinemann, Unternehmen „Walküre“.

<sup>18</sup> Vgl. Kroener, Friedrich Fromm, S. 583–712.

<sup>19</sup> Vgl. Peter Hoffmann, Zum Ablauf des Staatsstreichversuches des 20. Juli in den Wehrkreisen, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau 14 (1964), S. 377–397, sowie ders., Widerstand, S. 520–571.

#### IV. Wachbataillon

Der wichtigste zu mobilisierende Truppenteil in Berlin war das Wachbataillon, nominell Teil der Heereselitedivision „Großdeutschland“, das mit seinen fünf Kompanien in der Ulanenkaserne an der Invalidenstraße garnisonierte. Sein Kommandeur war der als fanatischer Nationalsozialist bekannte Major Otto Ernst Remer, der wegen seiner Leistungen an der Front mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz ausgezeichnet worden war.<sup>20</sup> Gleichwohl hielt der in die Verschwörung eingeweihte Stadtkommandant von Berlin, Generalleutnant Paul von Hase, Remer für „sicher“; er werde seine Befehle schon ausführen, solange er der ausgegebenen Lage glaube.<sup>21</sup> Als Remers Ordonnanzoffizier fungierte Leutnant der Reserve Dr. Hans Wilhelm Hagen, im Zivilberuf Referent im Reichspropagandaministerium.<sup>22</sup>

Am 20. Juli erhielten Remer und sein Wachbataillon kurz nach 16:00 Uhr vom Standortkommandanten, Generalleutnant Paul von Hase, einen Alarmbefehl; um 17:00 Uhr instruierte Remer seine Kompaniechefs, und bald darauf rückten die ersten Soldaten ab, um befehlsgemäß das Regierungsviertel abzuriegeln.<sup>23</sup> Remer führte Befehle aus, aber sein Adjutant schöpfte früh Verdacht. Leutnant Hagen fuhr daraufhin durch die Absperrungen zum Reichspropagandaminister, um die Lage zu klären. Von Joseph Goebbels erfuhr er, es habe ein Attentat auf den „Führer“ gegeben. Offenkundig sei ein Militärputsch im Gange. Hagen brachte daraufhin Remer zu Goebbels. Als der Major noch immer zweifelte, vermittelte ihm Goebbels ein Telefongespräch mit Hitler, der Remer alle Wehrmachtstruppen in Berlin unterstellte. Remer versprach im Gegenzug, alles zu tun, um den Putsch niederzuschlagen. Da war es etwa 19:00 Uhr. Zu diesem Zeitpunkt herrschte auch schon Klarheit darüber, dass sich die Zentrale des Aufstands im Bendlerblock befand.

<sup>20</sup> Vgl. Dieter Krüger, Otto Ernst Remer – Ein Offizier zwischen Eid und Unkenntnis. Eine Person des Rechtsextremismus nach 1945, in: Widerstand gegen das NS-Regime in den Regionen Mecklenburg und Vorpommern, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2007, S. 116–123.

<sup>21</sup> Roland Kopp, Paul von Hase. Von der Alexander-Kaserne nach Plötzensee. Eine deutsche Soldatenbiographie 1885–1944, Münster 2001, hier S. 215 f.

<sup>22</sup> Zu Hagen vgl. seine eigenen, vom nationalsozialistischen Geist geprägten Memoiren: Hans W. Hagen, Zwischen Eid und Befehl. Tatzeugenbericht von den Ereignissen am 20. Juli 1944 in Berlin und „Wolfsschanze“, München 1958. Eine Personalakte scheint sich nicht erhalten zu haben. Wohl aber finden sich in den Akten des ehemaligen Berlin Document Center, jetzt im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (künftig: BArchB), personenbezogene Vorgänge zu Hagen aus dem Reichspropagandaministerium und der Parteiamtlichen Prüfungskommission der NSDAP.

<sup>23</sup> Alle Angaben nach Hoffmann, Widerstand, S. 571–601, der sich wiederum auf Zeitzeugenaussagen ihm gegenüber sowie auf Hagens Memoiren bezog.



Von Goebbels' Dienstwohnung in der Hermann-Göring-Straße (heute Ebertstraße), wo das Gespräch stattfand, bis zum Bendlerblock braucht man zu Fuß gut zehn Minuten. Trotzdem erschienen die ersten Soldaten des Wachbataillons erst kurz vor Mitternacht im Innenhof des Bendlerblocks, gerade rechtzeitig, um das Erschießungskommando zu stellen.<sup>24</sup> Remer selbst kam sogar noch später. Auch der sonst so detailliert schildernde Peter Hoffmann hat keinen Anstoß daran genommen, dass der fronterfahrene Eichenlaubträger Remer rund fünf Stunden

<sup>24</sup> Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (künftig: IFZ-Archiv), ED 88/1, fol. 91r-92v, hier fol. 92r, Friedrich Georgi, Verlagsbuchhändler, Berlin-Dahlem, 26.9.1947, Betr.: Augenzeugenbericht über die Ereignisse im Oberkommando des Heeres (OKH) Bendlerstrasse am 20.7.1944 unter besonderer Berücksichtigung der entscheidenden Rolle der Obersten i. G. Herber und v. d. Heyde bei der Niederschlagung des Umsturzversuchs, Durchschlag.



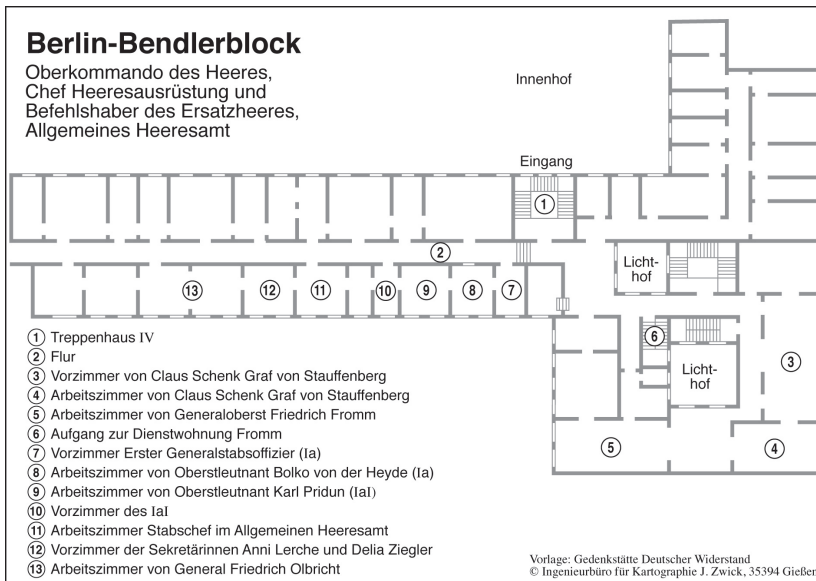
brauchte, um sein Hitler gegebenes Versprechen umzusetzen und den Staatsstreich im Stab des Ersatzheeres niederzuschlagen.

Es wäre hinzuzufügen, dass auch die anderen Organe, die zum Schutz des NS-Staats berufen waren, keine gute Figur gemacht hatten: Weder die gefürchteten Ersatztruppenteile der SS-Division „Leibstandarte“ in Berlin-Lichterfelde noch die Gestapo oder gar die Luftwaffenverbände in Berlin hatten etwas zur Stützung des Regimes unternommen, ganz zu schweigen von der Partei – ein Versagen, das es in den Tagen danach auch der deutschen Öffentlichkeit gegenüber zu kaschieren galt.<sup>25</sup>

## V. Die Offiziere im Bendlerblock

Wenn es also nicht die Soldaten des Wachbataillons mit ihrem schneidigen Kommandeur waren, die die Lage im Sinne des Regimes bereinigten, und auch nicht die im NS-Staat mit der Wahrung der inneren Sicherheit betrauten Kräfte – wer sorgte dann dafür, dass die Leichen der fünf wichtigsten Verschwörer rund acht Stunden nach Auslösung von „Walküre“ im Innenhof des Bendlerblocks lagen und kurze Zeit später auf einem Friedhof in Schöneberg beigesetzt wurden?

Stauffenberg hatte darauf gehofft, Generaloberst Fromm würde sich nach erfolgreichem Attentat auf die Seite seines Chefs des Stabes stellen. Aber wir haben es bereits gesehen: Fromm versagte sich, wenn man auch etwa im „Führerhauptquartier“ noch lange annahm, Fromm stehe hinter den Putschbefehlen, die in seinem Namen hinausgingen.<sup>26</sup>



<sup>25</sup> So auch Karlauf, Stauffenberg, S. 319 und S. 324.

<sup>26</sup> Zu Fromms Verhalten und seinen Motiven vgl. Kroener, Friedrich Fromm, S. 683–699.

Mindestens ebenso bedeutsam war eine andere Entwicklung: Im Laufe des Abends fanden sich Offiziere in den Dienstzimmern und auf den Fluren des Bendlerblocks, vor allem aus Olbrichts Allgemeinem Heeresamt, die der von ihrem Amtschef ausgegebenen Lage nicht recht glauben wollten, zumal der Rundfunk ständig das Gegenteil berichtete.

Der dienstälteste unter ihnen war Oberstleutnant Franz Herber, Jahrgang 1908, in Berlin geboren und 1935 von der Landespolizei in die Reichswehr übernommen. Herber war im November 1938 auf die Kriegsakademie kommandiert und 1941 in den Generalstab versetzt worden. Der Generalquartiermeister, Generalmajor (später General der Artillerie) Eduard Wagner, hatte ihm im September 1941 bescheinigt, er sei „zuverlässig & gewandt“, im Folgejahr aber hinzugefügt: „eignet sich mehr für den Frontgeneralstabsdienst“. 1943 hatte ihm Wagner zudem ins Stammbuch geschrieben, er sei ein „überzeugter Nationalsozialist“. Zum 1. November 1941 war Herber Major geworden, zum 1. Februar 1943 Oberstleutnant. Zum April 1943 war er – entgegen Wagners Vorschlag – nicht an die Front versetzt worden, sondern zum Befehlshaber des Ersatzheeres im Bendlerblock, wo er als Ib (Leiter der Quartiermeisterabteilung) im Stab des Allgemeinen Heeresamts Dienst tat. Auch von dort hat sich eine Beurteilung erhalten, und zwar vom Frühjahr 1944, unterschrieben vom Chef des Stabes, Oberstleutnant i. G. Graf Stauffenberg, mit seiner charakteristischen, wenn auch aufgrund der Verwundung etwas holprigen Handschrift. Auch Stauffenberg attestierte Herber, er sei ein „überzeugter Nationalsozialist“.<sup>27</sup> Diese Formulierung ist aber so vage, dass sie eigentlich keine Rückschlüsse zulässt. Im Zuge der „Elitenmanipulation“<sup>28</sup> im Offizierkorps hatte das Heerespersonalamt im November 1942 befohlen, in jeder Beurteilung sei

„zum Ausdruck zu bringen, ob die Grundeinstellung des Offiziers den Pflichten des deutschen Soldaten besonders in bezug [sic!] auf bedingungslosen Einsatz, Verantwortungsfreude und unerschütterlicher Haltung entspricht und ob er diese Begriffe des Soldatentums in Verbindung mit dem allgemeinen Gedankengut des Nationalsozialismus auch auf andere zu übertragen versteht“.<sup>29</sup>

Angesichts dieser Vorgabe ist Stauffenbergs lapidare Formulierung in der Beurteilung ziemlich nichtssagend.

Herber unternahm es nun gegen 21:00 Uhr, von seinem Vorgesetzten Olbricht eine klare Aussage einzufordern, was eigentlich gespielt werde. Mit einer gewissen Berechtigung nahmen die Offiziere in den Abteilungen des Heeresamts Anstoß daran, dass hier offenkundig eine kleine Gruppe unter Führung ihres Amtschefs

<sup>27</sup> Alle Angaben zu Herber nach seiner Personalakte: Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg im Breisgau (künftig: BArch-MA), Pers 6/276591.

<sup>28</sup> Vgl. Reinhard Stumpf, Die Wehrmacht-Elite. Rang- und Herkunftsstruktur der deutschen Generale und Admirale 1933 bis 1945, Boppard am Rhein 1982, S. 303–348.

<sup>29</sup> Verfügung des Oberkommandos des Heeres/Personalamt (OKH/PA) über Offizierbeurteilungsnotizen und -beurteilungen im Kriege, zit. nach Rudolf Absolon, Die Wehrmacht im Dritten Reich, Bd. 6: 19. Dezember 1941 bis 9. Mai 1945, Boppard am Rhein 1995, S. 677.

sowie ihres früheren und ihres jetzigen Chefs des Stabes (Olbricht, Stauffenberg, Mertz) etwas geplant hatte, von dem sie nichts wussten, das sie aber mit in den Strudel der absehbaren Rache des Regimes ziehen konnte. Als Leiter der Quartiermeisterabteilung war Herber zuständig für die Ausrüstung mit Waffen; er ist es auch gewesen, der eine Gruppe bewaffneter Offiziere zusammengestellt und Stauffenberg, Mertz und Olbricht festgesetzt hat – so stellte er es selbst bereits am nächsten Tag detailliert dar.<sup>30</sup>

Bolko von der Heyde wurde 1906 in Ostpreußen als Sohn eines Offiziers geboren und trat 1926 in die Reichswehr ein.<sup>31</sup> Er absolvierte von 1937 bis 1939 die Kriegsakademie und fand danach im Stab einer Division Verwendung. 1940/41 war er in der Organisationsabteilung des Heeresgeneralstabes eingesetzt und kannte den ein Jahr jüngeren Stauffenberg spätestens seit dieser Zeit.<sup>32</sup> Von der Heyde habe einen „vorwiegend auf das Praktische gerichtete[n] Blick“, attestierte ihm Generalmajor Walter Buhle in der Organisationsabteilung des Generalstabes des Heeres bereits 1941 in einer Beurteilung, und er sei „gesund ehrgeizig“. Zum 1. April 1941 avancierte von der Heyde zum Major, zum 1. Januar 1943 wurde er zum Oberstleutnant befördert. 1943 war er Erster Generalstabsoffizier (Ia) der 197. Infanteriedivision an der Ostfront; damals bescheinigte ihm sein Divisionskommandeur erstmals, er sei „selbst guter Nationalsozialist und versteh[e] es, dieses Gedankengut auch auf andere zu übertragen“. Wie wir schon bei Herber gesehen haben, wurde hier eine Formulierung aus dem Heerespersonalamt aufgenommen, die über die tatsächliche politische Gesinnung von der Heydes wenig aussagt, dessen Organisationstalent überdies auch sein Divisionskommandeur rühmte.

Von der Heyde wechselte dann im Februar 1942 zum Allgemeinen Heeresamt, wo ihn noch Oberst i. G. Hellmuth Reinhardt als Chef des Stabes beurteilte. Auch dessen Satz „Hat eine klare Einstellung zum nationalsozialistischen Staat“ lässt nicht auf einen fanatischen Nationalsozialisten schließen. Am 20. Juli war er als Ia Leiter der Führungsabteilung in Olbrichts Stab. In seinem Dienstzimmer verabredete er sich mit Herber und anderen, um mit Waffengewalt (Peter Hoffmann spricht sogar von Handgranaten)<sup>33</sup> gegen Olbricht, Mertz, Stauffenberg und den nun klarer erkennbaren Staatsstreich vorzugehen.

Der dritte im Bunde war Karl Pridun, 1910 in Znaim (dem heutigen Znojmo in der Tschechischen Republik) als Sohn eines Bahnbeamten geboren und 1928 als Offizieranwärter in das österreichische Bundesheer eingetreten.<sup>34</sup> Fast unmittelbar nach der Übernahme des Bundesheeres in die Wehrmacht wurde Pridun im

<sup>30</sup> Herbers Bericht ist abgedruckt in Kroener, Friedrich Fromm, S. 697 f. Wer denn geschossen habe, darauf legte sich Georgi, General Olbricht, S. 105 f., nicht fest, aber er benannte Herber als den Führer der Gegenbewegung.

<sup>31</sup> Alle Angaben zu von der Heyde nach seiner Personalakte: BArch-MA, Pers 6/277104.

<sup>32</sup> Stauffenberg war von 1936 bis 1938 an der Kriegsakademie und diente ab Juni 1940 als Referatsleiter in der Organisationsabteilung; vgl. Hoffmann, Claus Schenk Graf von Stauffenberg, S. 146–160 und S. 221 f.

<sup>33</sup> Vgl. Hoffmann, Widerstand, S. 600.

<sup>34</sup> Alle Angaben zu Pridun nach seiner Personalakte: BArch-MA, Pers 6/59047.

März 1938 noch als Oberleutnant an die Kriegsakademie versetzt (und dort alsbald zum Hauptmann befördert). Seine erste Generalstabsverwendung als Feindlageoffizier (Ic) der 254. Infanteriedivision brachte ihm bereits 1940 das Eiserne Kreuz 1. Klasse ein. Im Januar 1942 zum Major und zu „Führers Geburtstag“ am 20. April 1943 zum Oberstleutnant befördert, wurde er nach mehreren Verwendungen im Truppengeneralstab und einer langwierigen Verwundung ebenfalls im April 1943 zum Stab des Allgemeinen Heeresamts versetzt.

Pridun war im Bundesheer zum Intendantur-Offizier ausgebildet worden, also Nachschub-Experte, so dass ihm auch seine späteren Vorgesetzten besondere Fähigkeiten im Bereich der Logistik bescheinigten und ihn für entsprechende Verwendungen vorschlugen. „Verschlossen“ sei er, schrieb die Kriegsakademie am Ende des Lehrgangs, wogegen ihn der Chef des Generalstabes des II. Armeekorps 1942 als Offizier „mit offenem, anständigem Charakter und gesundem Ehrgeiz“ beschrieb. Ende März 1944 beurteilte ihn Stauffenberg als Chef des Stabes des Allgemeinen Heeresamts und konstatierte, Pridun sei „von einwandfreier nationalsozialistischer Haltung“ – erneut eine eher nichtssagende Charakterisierung. Wo Stauffenberg vorsichtig formuliert hatte („gewandt im Verhandeln, ehrgeizig“), setzte der nächsthöhere Vorgesetzte, General der Infanterie Friedrich Olbricht, den Akzent klarer: „Sehr tüchtig, aber auch sehr ehrgeizig!“<sup>35</sup>

Die hier zitierten Beurteilungen (die Hoffmann noch nicht kannte) aus der Feder Stauffenbergs sind auch für dessen Biografie nicht ohne Bedeutung: Noch in seiner äußerst gründlich recherchierten Stauffenberg-Biografie äußerte sich Peter Hoffmann vorsichtig über den genauen Zeitpunkt von Stauffenbergs Beförderung zum Oberst; er nahm an, diese sei eine Folge der Versetzung vom Allgemeinen Heeresamt zum Befehlshaber des Ersatzheeres gewesen.<sup>36</sup> Gemäß einer Hoffmann vorliegenden Zusammenstellung des Bundesarchivs (Zentralnachweisstelle) aus dem Jahr 1977<sup>37</sup> soll Stauffenberg dagegen zum 1. April 1944 befördert worden sein. Die beiden hier zitierten Beurteilungen Priduns datieren allerdings schon vom 30. März 1944 und sind von Stauffenberg bereits als Oberst unterzeichnet. Es kann also als gesichert gelten, dass Stauffenberg rund sechs Monate nach Amtsantritt bei Olbricht zum Oberst befördert worden ist und nicht erst im Zusammenhang mit seiner nächsten Verwendung.

Für alle drei Offiziere gilt, dass sie den üblichen Wechsel von Truppengeneralstabsverwendungen und Tätigkeiten in der „Zentrale“ durchlaufen hatten. Weder gehörten sie zur absoluten Spitzengruppe ihrer Alterskohorte, noch waren sie unterdurchschnittlich beurteilt worden. Keiner der drei war durch ein besonderes ideologisches Engagement aufgefallen. Sie waren typische Generalstabsoffiziere wie viele andere auch.

<sup>35</sup> BArch-MA, Pers 6/59047; Unterstreichungen im Original.

<sup>36</sup> Vgl. Hoffmann, Claus Schenk Graf von Stauffenberg, S. 408.

<sup>37</sup> Bundesarchiv, Zentralnachweisstelle (künftig: BArch-ZNS), I 101 vom 24.2.1977 an Peter Hoffmann, dem ich dafür danke, dass er mir dieses Dokument freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat.

Als Olbricht ihnen bei der Besprechung um 21:00 Uhr keine schlüssigen Erklärungen liefern konnte für das, was im Bendlerblock vorgeing, entschieden sich die drei zusammen mit einigen anderen dafür, dem Spuk in ihrer Dienststelle ein Ende zu machen. Durch ihr Verhalten am Abend des 20. Juli 1944 lieferten sie letztlich den Beleg für das, was Stauffenberg immer behauptet hatte: Ein Umsturzversuch gegen einen noch lebenden Hitler habe keinerlei Aussicht auf Erfolg. Im Kreise der Verschwörer, vor allem zwischen Carl Friedrich Goerdeler und Stauffenberg sowie den sie umgebenden Gruppen und Strukturen, war lange diskutiert worden, ob der Tyrannenmord moralisch und politisch zu rechtfertigen sei.<sup>38</sup> Am Ende kam man an der Einsicht nicht vorbei, dass das Heer gegen einen lebenden Hitler nicht vorgehen würde. Der „Führer“ musste tot sein, und zumindest vorübergehend musste der Eindruck entstehen, die verhasste SS oder die Partei trügen dafür die Verantwortung. Als diese Voraussetzung entfiel, als am Abend der Rundfunk immer wieder beteuerte, Hitler lebe und sei handlungsfähig, da verweigerten sich die meisten Soldaten dem Putsch. Ob es nun der Ehrgeiz war, den Stauffenberg und Olbricht Pridun attestiert hatten, die Angst vor den Konsequenzen, wenn man auf der falschen Seite stand, die Enttäuschung über das mangelnde Vertrauen Olbrichts und Stauffenbergs in ihre Mitarbeiter oder eben die Bindung an den Eid, wie es Pridun 1953 in einem Schreiben an den Stauffenberg-Biografen Eberhard Zeller zum Ausdruck brachte<sup>39</sup> – im Ergebnis blieb es dabei, dass der Umsturzversuch nicht einmal in der eigenen Dienststelle, also dort, wo man sich zum Teil schon jahrelang kannte, die nötige Unterstützung fand.

Es ist gewiss nicht so, dass der Staatsstreich allein an drei Stabsoffizieren scheiterte. Auch wenn das Wachbataillon sehr zögerlich eingriff – es griff eben ein. In den meisten Wehrkreiskommandos wurden die Befehle aus dem Bendlerblock gar nicht oder nur halbherzig umgesetzt; die für die Kontrolle der Massenmedien benötigten fachlich versierten Offiziere der Nachrichtentruppe kamen ebenso wenig wie die von Reichskriminaldirektor Arthur Nebe versprochenen Kriminalbeamten zur Durchführung von Verhaftungen. Der Oberbefehlshaber West, Generalfeldmarschall Günther von Kluge, wurde der Größe des Augenblicks nicht gerecht und ließ die Gelegenheit ungenutzt verstreichen, den Krieg im Westen zu beenden. Da machten auch Herber, von der Heyde und Pridun keinen großen Unterschied mehr. Aber ihr Verhalten dokumentiert, dass die Annahme der Verschwörer zutraf, wonach ein gelungenes Attentat zwingende Voraussetzung für den Erfolg des Staatsstreichs war. Wie die Gegenspieler der Verschwörer im Bendlerblock waren die meisten Offiziere und Mannschaften der Wehrmacht 1944 nicht mehr mit dem Prinzip von Befehl und Gehorsam gegen das Regime einzusetzen, solange Hitler lebte.

<sup>38</sup> Vgl. Heinemann, Unternehmen „Walküre“, S. 178–182.

<sup>39</sup> IfZ-Archiv, ZS 1769, fol. 3-13, hier fol. 10, Generalsekretär Karl Pridun, Bregenz, Betr.: 20.7.1944, Anschreiben an Eberhard Zeller, undatiert, und (wohl als Anlage zum Anschreiben) eine „Stellungnahme“ vom 30.10.1953.

## VI. Ehrungen

Mit Verfügung des Heerespersonalamts Nummer 1602/44 vom 20. Oktober 1944 wurden die Oberstleutnante Herber, von der Heyde und Pridun rückwirkend zum 1. August 1944 zu Obersten befördert. In die Personalakte der Beförderten gelangte wie üblich nur ein auf den jeweiligen Offizier beschränkter Auszug, zudem wurde die Beförderung mit dem Aktenzeichen im jeweiligen Deckblatt vermerkt. Bei Pridun ist dieser Auszug ausdrücklich überschrieben mit „Vorzugsweise Beförderungen!“; unter „Dienststellung“ ist eingetragen: „Sondermaßnahme 20.7.44. RDA 1.8.44 (41)“.<sup>40</sup> Bei Herber ist das gleiche Aktenzeichen im Deckblatt eingetragen; ein Auszug aus der Personalverfügung ist dort allerdings nicht erhalten. Die Zentralnachweisstelle des Bundesarchivs in Aachen-Kornelimünster, wo seine Personalakte verwahrt wurde, hat Herber 1959 bescheinigt, dass er ebenfalls zum 1. August 1944 und mit dem Rangdienstalter 40 (also vor Pridun) zum Oberst befördert worden ist.<sup>41</sup> Zudem ist Herber wohl der einzige Offizier, der zusätzlich eine Auszeichnung erhielt, nämlich das Eiserne Kreuz 1. Klasse. Bei einer Adjutantenbesprechung im Heerespersonalamt fasste Generalleutnant Ernst Maisel, Leiter der Amtsgruppe P 2, am 16. Oktober 1944 die Vorgänge des 20. Juli noch einmal für seinen Zuhörerkreis zusammen und hob dabei Herber besonders hervor: „Verräter-Festnahme durch Herber usw. (Vorher Waffenbesorgung).“<sup>42</sup> Dass es Generaloberst Fromm gewesen war, der nach seiner Befreiung die „Todesurteile“ gefällt und deren Vollstreckung angeordnet hatte, erwähnte Maisel nicht, sondern beschränkte sich auf die Feststellung: „Verfahren Fromm noch nicht entschieden.“ Nur eine andere Person galt es noch zu erwähnen: „Remer. Auszeichnungen.“

Ebenso ist in der Personalakte von der Heydes die Beförderung unter demselben Aktenzeichen zum 1. August 1944 auf dem Deckblatt vermerkt, hier mit dem Rangdienstalter 38, so dass man davon ausgehen kann, dass in der Wertigkeit ihrer Verdienste um die Erhaltung des NS-Systems von der Heyde vor Herber und dieser wiederum vor Pridun geführt wurde, was allerdings nicht erklärt, warum Maisel Herber namentlich erwähnte. Bolko von der Heyde wurde im Oktober als Ia zur 4. Armee versetzt,<sup>43</sup> im April 1945 wurde er dann noch Chef des Stabes des CI. Armeekorps.<sup>44</sup>

<sup>40</sup> Die Abkürzung RDA bezeichnet hier das Rangdienstalter. Die Zahl in Klammern dahinter bezeichnet die Reihenfolge, in der Offiziere mit demselben RDA in der Rangliste geführt wurden, also quasi eine noch auf das Anciennitätsprinzip zurückgehende Verfeinerung des Rangdienstalters; vgl. Stumpf, Wehrmacht-Elite, S. 320–324.

<sup>41</sup> BArch-MA, Pers 6/276591, BArch-ZNS, Dienstlaufbahnbescheinigung für Herrn Franz Herber, 12.6.1959.

<sup>42</sup> BArch-MA, RH 7/978, Aktennotiz über Adjutantenbesprechung vom 14.–17.10.1944 im Heerespersonalamt (HPA). Dort auch die folgenden Zitate.

<sup>43</sup> Damit entsprach seine Verwendung seinem neuen Dienstgrad.

<sup>44</sup> Vgl. Richard Lakowski, Seelow 1945. Die Entscheidungsschlacht an der Oder, Berlin 1994, S. 188.

In einem Schreiben an den Befehlshaber des Ersatzheeres (nunmehr also Himmler) vom 26. August 1944<sup>45</sup> benannte das Heerespersonalamt vier Offiziere, die Hitler „in Anerkennung für das entschlossene Verhalten bei der Niederschlagung der Revolte vom 20.7.1944 im Bendler-Block Berlin mit Wirkung vom 26. August befördert“ habe: Herber, von der Heyde, sodann aber auch Oberstleutnant d. G. Hans-Heinrich Kuban und einen Major (W) Fließbach; über die beiden letztgenannten ist allerdings nur wenig bekannt.<sup>46</sup> Es erscheint denkbar, dass Kuban mit dem Rangdienstalter 39 befördert wurde, aber das muss Spekulation bleiben. Die zum gleichen Zeitpunkt wirksam werdende Beförderung des Oberstleutnants Pridun ist in diesem Schreiben nicht erwähnt.

In dieser Übersicht finden sich naturgemäß nur jene Beförderten wieder, die dem Befehlsbereich des Ersatzheeres angehörten (was aber für Pridun zutrifft). Anders sieht es mit einer Aufstellung aus, die in der Zentralnachweisstelle aus unbekanntem Anlass im Frühjahr 1977 erstellt wurde.<sup>47</sup> Hier findet sich Major Remer, der mit „Vfg. Nr. 1202/44 vom 20.9.1944 [...] zum Oberst mit Wirkung und RDA vom 1.7.44 (51)“ befördert worden sei; auch Remers Ernennung zum Generalmajor – „Vfg. Nr. 502/45 vom 15.2.1945 Oberst Remer zum Generalmajor mit Wirkung und RDA vom 30.1.45 (28)“ – wird in den Zusammenhang des 20. Juli 1944 gestellt, was aber auch fragwürdig ist. Immerhin waren Remers „Verdienste“ mit seiner Sprungbeförderung zum Oberst in gewisser Weise abgegolten, so dass seine weitere Förderung zumindest teilweise auf seine Bewährung an der Front (als Kommandeur der in der Ardennenoffensive kämpfenden Führer-Begleit-Brigade) zurückzuführen ist.

Andererseits ist in dieser Übersicht Leutnant Dr. Hans Wilhelm Hagen nicht enthalten, der aber nach dem 20. Juli 1944 direkt zum Hauptmann d. R. ernannt wurde.<sup>48</sup> Hagen hatte der Parteiamtlichen Prüfungskommission der NSDAP, einer parteieigenen Zensurbehörde, angehört; er war dort aber alles andere als ein einfach zu behandelnder Untergebener gewesen. Die Akten der Kommission sind voll von Schreiben mit Vorwürfen von Autoren, Kollegen und Vorgesetzten sowie Hagens Repliken. Im Januar 1942 wechselte er aufgrund einer persönlichen Ent-

<sup>45</sup> BArch-MA, RW 59/191, fol. 7 f., Abschrift, OKH/HPA an Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres, 26.8.1944.

<sup>46</sup> Fließbach war Waffenoffizier, entstammte also einer Sonderlaufbahn; vgl. Stumpf, Wehrmacht-Elite, S. 34, insbesondere S. 107 f., Anm. 47. Er unterstand Herber und war am 20.7.1944 von diesem beauftragt worden, Waffen und Munition an die Angehörigen des Stabes auszugeben; vgl. Hoffmann, Widerstand, S. 588. Kuban war 1909 geboren, wurde also schon mit 35 Jahren Oberst; zu seiner militärischen Biografie vgl. Christian Hartmann, Wehrmacht im Ostkrieg. Front und militärisches Hinterland 1941/42, München 2009, S. 171–174.

<sup>47</sup> BArch-MA, RW 59/191, fol. 10, Aktennotiz des Bundesarchivs, Zentralnachweisstelle Kornelimünster, vom 20.4.1977: Vorzugsweise Beförderungen aus Anlaß der Ereignisse des 20.7.1944. Diese Zusammenstellung steht also nicht im Zusammenhang mit der Antwort an Peter Hoffmann, die schon vom Februar 1977 datierte.

<sup>48</sup> BArchB, R/9361/II, fol. 0180, Ministeramt (Reichspropagandaministerium), Regierungsrat (RR) Dr. Heinrichsdorff, an Leiter Personalabteilung, 7.10.1944. Vgl. auch Hagen, Zwischen Eid und Befehl, S. 5.

scheidung von Goebbels in dessen Ministerium,<sup>49</sup> wurde aber Anfang 1944 trotz einer in Frankreich erlittenen schweren Verwundung als Leutnant d. R. wieder einberufen, und zwar ins Wachbataillon. Wie problematisch das Verhältnis zwischen ihm und seinen zivilen Vorgesetzten auch gewesen sein mag: Nachdem er – zusammen mit Goebbels – in dessen und seiner eigenen Wahrnehmung dem Umsturz ein Ende gesetzt hatte, legte der Propagandaminister Wert darauf, die Rolle seines Hauses (und damit seine eigene) deutlich herauszustellen:

„Da die Beförderung des Referenten der Abteilung Schrifttum unseres Hauses, Dr. Hans W. Hagen, vom Leutnant zum Hauptmann in unserem Nachrichtenblatt veröffentlicht werden muss, wäre es m.E. zweckmässig, darauf hinzuweisen, dass diese ausserordentliche Beförderung mit den Ereignissen des 20. Juli d.Js., bei denen sich Hauptmann Dr. Hagen ganz besondere Verdienste erworben hat, zusammenhängt.“<sup>50</sup>

Die genannte Liste der Zentralsachverständigen ist also ebenfalls nicht ganz vollständig. Sie lässt aber doch erkennen, dass mit Ausnahme von Remer und Hagen die vorrangig beförderten Offiziere aus dem Allgemeinen Heeresamt und dem Stab des Befehlshabers des Ersatzheeres stammten. Darunter war etwa der Leiter der Nachrichtenzentrale, Oberleutnant Röhrig, wohl weil er nach Erkenntnissen der Ermittler die Übermittlung der „Walküre“-Alarmsprüche verzögert und schließlich unterbunden hatte; dafür wurde er Hauptmann.<sup>51</sup> Zehn Oberfeldwebel und sogar ein Feldwebel aus dem Befehlsbereich des Ersatzheeres wurden außerplanmäßig zu Offizieren ernannt. Das Wachbataillon ging dagegen weitgehend leer aus.

Dass Priduns Beförderung in der genannten Übersicht keine Erwähnung findet, wird damit zusammenhängen, dass er Mitte August 1944 verhaftet wurde;<sup>52</sup> man führte ihn eine Zeit lang als Verdächtigen, ließ ihn dann aber frei und rehabilitierte ihn völlig.<sup>53</sup> Dass Pridun in der Haft andere österreichische Offiziere belas-

<sup>49</sup> BArchB, R/9361/II, fol. 0088 f., Leiter der Personalabteilung (Reichspropagandaministerium) an den Herrn Minister, Betr. Einstellung eines Referenten für die Abteilung S, mit handschriftlichem Vermerk „Genehmigt Dr. G[oebbels]“.

<sup>50</sup> BArchB, R/9361/II, fol. 0180, Ministeramt (Reichspropagandaministerium), RR Dr. Heinrichsdorff, an Leiter Personalabteilung, 7.10.1944.

<sup>51</sup> Vgl. Winfried Heinemann, General Erich Fellgiebel und die Rolle der Kommunikationsmittel am 20. Juli 1944, in: Ders. (Hrsg.), Führung und Führungsmittel, Potsdam 2011, S. 57–66.

<sup>52</sup> BArchB, R 58/3197, Festnahmeliste Nr. 22 zum 20.7.1944, Anlage I zum Bericht des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD Ernst Kaltenbrunner an Reichsleiter Martin Bormann vom 18.8.1944, hier zit. nach dem Abdruck in Johannes Tüchel, „... und ihrer aller wartete der Strick.“ Das Zellengefängnis Lehrter Straße 3 nach dem 20. Juli 1944, Berlin 2014, Dok. 5, S. 406–409, hier S. 408.

<sup>53</sup> BArch-MA, RH 7/30, HPA Amtsgruppe (Ag) P2/Rechtsgruppe (2) an P3 z. Hd. Herrn Oberstleutnant i. G. Kinitz, undatiert; handschriftlicher Vermerk eines (britischen?) Auswerters, Blatt 46 oben rechts: „Prepared after 29.8.44“; diese Datierung ist jedoch irreführend, da sich aus einer inneren Quellenkritik der 14.9.1944 als terminus post quem ergibt; auch abgedruckt als Dok. 8 in: Tüchel, Zellengefängnis, S. 439–441.



tete (etwa Robert Bernardis), ist nicht anzunehmen.<sup>54</sup> Oberstleutnant i. G. Bernardis, Gruppenleiter Personal im Allgemeinen Heeresamt, bat Pridun aus dem Gefängnis heraus nach seiner Verurteilung zum Tode am 8. August 1944 um Unterstützung für seine Familie.<sup>55</sup> Ob dieser etwas zugunsten der Witwe und der Kinder unternahm, ist fraglich, zumal Pridun sich unsicher fühlen mochte; wenig später wurde er dann selbst auch verhaftet, vielleicht gerade wegen der Bitte Bernardis'. Hermine Bernardis verbrachte einige Wochen in „Sippenhaft“, man entzog ihr ihre Kinder und brachte diese in ein Kinderheim bei Bad Sachsa.<sup>56</sup>

Andere ebenfalls verhaftete Offiziere wie Oberst i. G. Johann-Adolf Graf von Kielmansegg, der spätere Vier-Sterne-General der Bundeswehr und Oberbefehlshaber NATO-Landstreitkräfte Mitte, wurden aus der Haft entlassen und dem Heerespersonalamt „zur disziplinarischen bzw. beurteilungsmäßigen Würdigung übergeben“ – eine Art Freispruch zweiter Klasse; Kielmansegg übernahm ein Regiment an der Front. Pridun hingegen wurde – wie etwa auch der bisherige Chef der Operationsabteilung des Heeres und nachmalige erste Generalinspekteur der Bundeswehr, Generalleutnant Adolf Heusinger – „zu jeder Verwendung freigegeben“; das gleiche galt für den Abteilungsleiter Rüstung im Stab des Befehlshabers des Ersatzheeres, Generalmajor Dr.-Ing. Werner Kennes. Pridun – wie Herber und von der Heyde wegen seiner Rolle am 20. Juli 1944 bevorzugt befördert – wurde dagegen in seiner bisherigen Tätigkeit weiter verwendet – gegen seinen Willen.<sup>57</sup>

## VII. Macht und Zukunft

Bleibt die Frage offen: Wieso hat sich der Eindruck gehalten, Remer und das Wachbataillon hätten in den kritischen Stunden in Berlin den nationalsozialistischen Staat gerettet? Eine Antwort liegt schon in der NS-Propaganda, die Remer in besonderer Weise herausgestellt hat, etwa durch die Verleihung der Ehrenbür-

<sup>54</sup> Laut Karl-Reinhart Trauner, Mit Stauffenberg gegen Hitler. Oberstleutnant i.G. Robert Bernardis (1908–1944), Szentendre 2008, S. 64, sei dies „offensichtlich“ so gewesen – ohne zu erklären, wie er zu dieser Annahme kam. Immerhin ist Bernardis am 21.7. verhaftet worden, Pridun aber dem in Anm. 52 zitierten SD-Dokument zufolge erst Mitte August 1944 – da war Bernardis schon tot.

<sup>55</sup> Vgl. Schreiben Bernardis' vom 8.8.1944, in: Jacobsen (Hrsg.), Spiegelbild einer Verschwörung, Bd. 2, Dok. 88, S. 797 f.

<sup>56</sup> Vgl. Johannes Salzig, „Sippenhaft“ als Repressionsmaßnahme des nationalsozialistischen Regimes im Umfeld des 20. Juli 1944, in: Manuel Becker/Christoph Studt (Hrsg.), Der Umgang des Dritten Reiches mit den Feinden des Regimes. XXII. Königswinterer Tagung (Februar 2009), Berlin 2010, S. 165–183, und „Sippenhaft“ gegen die Familie Bernardis, in: Petra Behrens/Johannes Tuchel, „Unsere wahre Identität sollte vernichtet werden.“ Die nach dem 20. Juli 1944 nach Bad Sachsa verschleppten Kinder, 2., erweiterte Aufl., Berlin 2017, S. 58–61.

<sup>57</sup> BAArch-MA, RH 7/30, HPA Ag P2/Rechtsguppe (2) an P3 z. Hd. Herrn Oberstleutnant i. G. Kinitz, undatiert; auch abgedruckt als Dok. 8 in: Tuchel, Zellengefängnis, S. 439–441.

gerwürde seiner Heimatstadt Neubrandenburg noch im August 1944.<sup>58</sup> Bereits die „Kaltenbrunner-Berichte“, also die Berichte der Gestapo an Hitler über ihre Ermittlungsergebnisse, erwähnen keinen der drei genannten Offiziere aus dem Allgemeinen Heeresamt.<sup>59</sup> Insgesamt befassen sie sich auffallend wenig mit den Vorgängen im Bendlerblock. Dabei muss man in Rechnung stellen, dass diese Berichte durchaus auch exkulpatorischen Charakter haben. Weder die Gestapo noch die anderen tragenden Säulen des Systems hatten sich von ihrer besten Seite gezeigt, und da war es wenig opportun, den „Führer“ ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass das Heer an der Niederschlagung des Aufstands erheblichen Anteil hatte.<sup>60</sup>

Remer entsprach als Träger des Eichenlaubs zum Ritterkreuz und schneidiger Frontkämpfer dem Idealbild des nationalsozialistischen Offiziers, und Leutnant Hagen als Angehöriger des Propagandaapparats wusste seinen Kommandeur (und damit implizit sich selbst) angemessen in Szene zu setzen. Gegen Generaloberst Fromm und dessen angeblich viel zu großen Stab mit „Bürooffizieren“ hatte Goebbels dagegen schon immer gestänkert,<sup>61</sup> und selbst wenn das Ersatzheer und damit auch das Allgemeine Heeresamt jetzt in Himmlers Zuständigkeitsbereich fielen, passte es sehr viel besser ins Selbstbild des Regimes, nicht die Angehörigen genau jener Dienststelle zu loben, von der der Staatsstreich seinen Ausgang genommen hatte.

Ganz allgemein diente der gescheiterte Umsturz vom 20. Juli 1944 dem Regime dazu, das als Teil der alten Eliten angesehene Heer in den polykratischen Rivalitäten des NS-Systems weiter zu diskreditieren. Die Einsetzung eines „Ehrenhofs“ zur „Ausstoßung“ der Beteiligten aus der Wehrmacht, der eben keine juristische Notwendigkeit und kein „Ehrenhof“ der Wehrmacht, sondern allein einer des Heeres war,<sup>62</sup> die konsequente Durchsetzung der Armee mit Nationalsozialistischen Führungsoffizieren<sup>63</sup> – alles das zeigt, wie intensiv Hitler und mit ihm Himmler daran arbeiteten, dem Heer in der Zukunft die Rolle einer nationalsozi-

<sup>58</sup> Militärhistorisches Museum Dresden, Schriftgutsammlung, Sondermappe 20. Juli-BBAU/0735-1, Otto E. Remer an Ratsherr Riemer, Neubrandenburg, 19.8.1944.

<sup>59</sup> Keine Erwähnung in einem der beiden Bände bei Jacobsen (Hrsg.), Spiegelbild einer Verschwörung.

<sup>60</sup> Zur Quellenkritik an den „Kaltenbrunner-Berichten“ vgl. Ramm, Kritische Analyse, und Hans-Adolf Jacobsen, Die „Sonderkommission 20. Juli“ des Reichssicherheitshauptamtes und die sogenannten „Kaltenbrunner-Berichte“, in: Becker/Studt (Hrsg.), Umgang, S. 109–116.

<sup>61</sup> Kroener, Friedrich Fromm, S. 666.

<sup>62</sup> Vgl. Winfried Heinemann, Selbstreinigung der Wehrmacht? Der Ehrenhof des Heeres und seine Tätigkeit, in: Becker/Studt (Hrsg.), Umgang, S. 117–129.

<sup>63</sup> Vgl. den Befehl des Chefs des Nationalsozialistischen Führungsstabes, General der Infanterie Hermann Reinecke, vom 3.8.1944, abgedruckt als Dok. 13 in: Waldemar Besson, Zur Geschichte des Nationalsozialistischen Führungsoffiziers (NSFO), in: VfZ 9 (1961), S. 76–116, hier S. 113. Vgl. auch Hans-Ulrich Thamer, Die Erosion einer Säule. Wehrmacht und NSDAP, in: Rolf-Dieter Müller/Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München 1999, S. 420–435, hier S. 434.

alistischen „Volksarmee“ zuzuweisen. Die Waffen-SS sollte als mobile, hochtechnisierte und elitäre Truppe dagegen Siege in „Blitzkriegen“ erfechten.

Der versuchte Staatsstreich des 20. Juli 1944 war unter anderem von dem Gedanken getragen, das Ende des Zweiten Weltkriegs werde dem des Ersten nicht unähnlich sein und in bürgerkriegsähnlichen Kämpfen um die Macht im Reich gipfeln. Diesen Kampf waren die Verschwörer im Heer gewillt zu führen, solange noch Aussichten auf Erfolg bestanden. Nach dem gescheiterten Putsch nutzte das Regime die Chance, die Gewichte für die „Endlösung“ der Machtfrage nachhaltig zu verschieben. Die selektive öffentliche Würdigung der Offiziere, je nachdem wie sie ins Bild der NS-Propaganda passten, ist auch in diesem Kontext zu sehen. Die drei frisch beförderten Obersten mussten mit einer individuellen Würdigung vorliebnehmen, während ihre Rolle öffentlich eher verschwiegen wurde.

## VIII. Nachkriegszeit

Remer und Hagen, die an der Niederschlagung des Umsturzes beteiligt gewesen waren, legten nach dem Krieg großen Wert auf ihre Rolle am 20. Juli 1944. Generalmajor a. D. Remer engagierte sich in der Sozialistischen Reichspartei, die das Bundesverfassungsgericht 1952 als NS-Nachfolgeorganisation verbot.<sup>64</sup> In Hetzreden vor allem in Niedersachsen diffamierte er die Angehörigen des Widerstands und unterstellte ihnen, sie seien „zum Teil in starkem Maße Landesverräter gewesen, die vom Auslande bezahlt wurden“.<sup>65</sup> Das führte zu dem berühmten Remer-Prozess, in dem der Braunschweiger Generalstaatsanwalt Fritz Bauer die Anklage vertrat und eine Verurteilung Remers zu einer dreimonatigen Freiheitsstrafe ohne Bewährung durchsetzte.<sup>66</sup> Erst nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik 1990 kam in Neubrandenburg eine Debatte über Remers Ehrenbürgerschaft auf.<sup>67</sup> Die Stadt löste das Problem, indem sie feststellte, dass Ehrenbürgerschaften mit dem Tod erlöschen.<sup>68</sup>

Die drei Offiziere, die sich wirklich um den Erhalt des NS-Systems „verdient“ gemacht hatten, legten dagegen Wert darauf, dies möglichst in Vergessenheit ge-

<sup>64</sup> Vgl. Henning Hansen, *Die Sozialistische Reichspartei (SRP). Aufstieg und Scheitern einer sozialistischen Partei*, Düsseldorf 2007, und Nils Kleine, *Der geschichtspolitische Ort des 20. Juli 1944 in der Frühphase der Bundesrepublik Deutschland. Fallbeispiel Remer-Prozess*, in: Ders./Christoph Studt (Hrsg.), *„Das Vermächtnis ist noch in Wirksamkeit, die Verpflichtung noch nicht eingelöst.“ Der Widerstand gegen das „Dritte Reich“ in Öffentlichkeit und Forschung seit 1945*, Augsburg 2016, S. 41–54. Hans W. Hagen blieb den Printmedien treu; seine Memoiren erschienen im Türmer-Verlag, der zum einschlägigen Milieu gehörte.

<sup>65</sup> Urteil des Landgerichts Braunschweig vom 15. März 1952 in der Strafsache gegen Generalmajor a.D. Remer wegen übler Nachrede, in: Herbert Kraus (Hrsg.), *Die im Braunschweiger Remerprozeß erstatteten moraltheologischen und historischen Gutachten nebst Urteil*, Hamburg 1953, S. 105–136, hier S. 107.

<sup>66</sup> Vgl. Irntrud Wojak, *Fritz Bauer 1903–1968. Eine Biographie*, München 2009, S. 265–280; Remer entzog sich seiner Strafe durch Flucht ins Ausland.

<sup>67</sup> Vgl. Nordkurier Neubrandenburg vom 9.9.2015: „Eine Stadt und ihr brauner Sohn“.

<sup>68</sup> Vgl. [www.neubrandenburg.de/Leben-Wohnen/Stadt-der-vier-Tore-am-Tollensesee/Ehrenbuergerschaft](http://www.neubrandenburg.de/Leben-Wohnen/Stadt-der-vier-Tore-am-Tollensesee/Ehrenbuergerschaft) [15.2.2019].

raten zu lassen. Immer wieder wendeten sie sich gegen Publikationen, in denen ihre Rolle beschrieben wurde. Zugleich versuchten sie, ihre bevorzugten Beförderungen zum Oberst als reguläre darzustellen. Im Juli 1947 berichtete die *Welt* über das Entnazifizierungsverfahren gegen Oberst a. D. Bolko von der Heyde, in dem dieser jede Mitwirkung an der Niederschlagung des Aufstands bestritten hatte.<sup>69</sup> Kurz darauf erreichte die Redaktion ein Leserbrief von Delia Ziegler, die Stauffenbergs Sekretärin gewesen war: Herber und von der Heyde seien aufgrund ihrer Rolle am 20. Juli 1944 vorrangig befördert worden: „Es ist nicht zu verstehen, dass gerade Heyde, der ein Jahrgangskamerad von Stauffenberg war, mit die Führung des Gegenputsches übernommen hat. Es entsteht daher die Frage, warum gerade dieser Offz. [im Entnazifizierungsverfahren] in Klasse IVb entlassen worden ist?“<sup>70</sup>

Kritische Fragen stellte auch der Öffentliche Kläger im Kriegsgefangenenlager Neustadt in Hessen, der sich mit Herbers Spruchkammerverfahren zu befassen hatte. Seine Information, „Herber steht im Verdacht, zusammen mit anderen Beteiligten durch einen plötzlichen Feuerüberfall am 20.7.44 wichtige Personen der Widerstandsbewegung, insbesondere den Grafen Stauffenberg[,] umgebracht zu haben“,<sup>71</sup> lässt zwar auf wenig Sachkenntnis schließen, aber das war 1947/48 nicht ungewöhnlich. Nähere Aufschlüsse erwartete sich der Öffentliche Kläger von Werner Kennes. Der ehemalige Gruppenleiter Rüstung hatte in seiner Verwendung im Stab des Befehlshabers des Ersatzheeres/Chef Heeresrüstung keinen direkten dienstlichen Bezug zu Herber gehabt, der zum Allgemeinen Heeresamt gehört hatte und dort mit Rüstungsfragen nicht befasst gewesen war. Aber er war trotzdem auskunftsfreudig und stellte Herber unter dem Datum vom 15. Februar 1948 den gewünschten „Persilschein“ aus. Geschickt täuschte Kennes darüber hinweg, dass er zum Zeitpunkt des eigentlichen Geschehens bereits aus dem Bandlerblock entkommen und auf dem Weg nach Potsdam war.<sup>72</sup> Die Motive des ehemaligen Generalmajors gehen aus einem Schreiben an Herber hervor, in dem er berichtete, er habe auch für SS-Obergruppenführer Hans Jüttner ähnlich positiv geschrieben; immerhin war Jüttner Stauffenbergs Nachfolger als Chef des Stabes bei Heinrich Himmler als Befehlshaber des Ersatzheeres gewesen. Kennes formulierte Herber gegenüber ganz klar: „Ich stehe nämlich noch immer auf dem Standpunkt[,] dass man für seine ehemaligen Kameraden eintreten muss.“<sup>73</sup> Im März 1948 legte Kennes noch einmal nach und bestätigte Herber in einer eidesstattlichen Versicherung, er sei zum 1. August 1944 „planmäßig“ Oberst geworden

<sup>69</sup> BArch-MA, MSg 2/13575, Hessisches Staatsministerium, Minister für politische Befreiung, Spruchkammer Neustadt-Lager, Der öffentliche Kläger HE 67/47 an Herrn Werner Kennes, Kluvensiek (Rendsburg), 27.1.1948.

<sup>70</sup> IFZ-Archiv, ED 88/1, fol. 370, Delia Ziegler, Minden, an Chefredakteur „Die Welt“, Hamburg, undatiert (Reaktion auf einen Artikel vom 31.7.1947).

<sup>71</sup> BArch-MA, MSg 2/13575, Hessisches Staatsministerium, Minister für politische Befreiung, Spruchkammer Neustadt-Lager, Der öffentliche Kläger HE 67/47 an Herrn Werner Kennes, Kluvensiek (Rendsburg), 27.1.1948.

<sup>72</sup> BArch-MA, MSg 2/13575, Generalmajor a. D. Werner Kennes, Stellungnahme zum Schreiben des öffentlichen Klägers Franz Herber betreffend, 15.2.1948.

<sup>73</sup> BArch-MA, MSg 2/13575, Werner Kennes an Franz Herber, 8.2.1948.

– offenbar wehrte sich Herber schon zu einem so frühen Zeitpunkt gegen die Unterstellung, er verdanke diese Beförderung seinem Verhalten am 20. Juli 1944.<sup>74</sup>

1955 wandte sich Herber erneut an Kennes, weil er befürchtete, in zwei Filmen, die sich seinerzeit gerade in Vorbereitung befanden, erkennbar negativ dargestellt zu werden. Dadurch könne „es bei Blank durch dieses Thema schief gehen“ – offenkundig fürchtete er Nachteile bei einer möglichen Bewerbung für die junge Bundeswehr. Darüber, dass er sich dort wirklich beworben hat, ist allerdings nichts bekannt geworden, und aus seiner Personalakte geht nichts dergleichen hervor.<sup>75</sup> Vermutlich haben ihm Kameraden davon abgeraten, es auch nur zu versuchen.

Am 16. März 1959 bat Franz Herber die Zentralnachweisstelle des Bundesarchivs in Aachen-Kornelimünster um einen „Dienst- und Beförderungsnachweis“, weil die Bezirksregierung in Trier diesen von ihm verlange. Er führte seine Laufbahn aus der Erinnerung auf, gab an, welche Belege er noch besitze (die Ernennungsurkunde zum Oberst war dabei), und fügte einen Freiumschlag an. Die Zentralnachweisstelle bestätigte ihm im Juni desselben Jahrs seine Angaben.<sup>76</sup> Gleichwohl scheint Herber mit den erteilten Auskünften nicht zufrieden gewesen zu sein, so dass ihm die Zentralnachweisstelle auf Antrag 1964 erlaubte, in den Diensträumen der Bezirksregierung Trier selbst Einsicht in seine Akte zu nehmen. Da in Herbers Personalakte der Auszug aus der Beförderungsverfügung fehlt, taucht auch der Vermerk „Sonderaktion 20. Juli“ nicht auf. Wohl aber ist das Aktenzeichen „1602/44“ vermerkt. Dass uns dieses zusammen mit der Bemerkung in der Personalakte Pridun heute einen Zusammenhang erschließt, hat Herber nicht wissen können. So ist er wohl nie ganz überzeugt gewesen. Nach Herbers Tod bat sein Sohn Peter um Kopien der Personalakte seines Vaters:

„Verschiedene Personen vertreten die Auffassung, mein Vater sei nur wegen seines Verhaltens am 20.7. zum Oberst befördert worden. Mein [...] Vater sprach jedoch davon, dass seine Beförderung zum Oberst bereits vor dem 20.7. ‚beschlossene Sache‘ gewesen sei, was u.a. durch eine hierfür erforderliche Beurteilung von Stauffenberg belegt werden könne.“<sup>77</sup>

Das allerdings hätte Vater Herber besser wissen können: Stauffenberg hatte in seiner Beurteilung als Verwendung „in nächster Zeit“ vorgeschlagen, „Zunächst Belassung in bisheriger Stellung“ und erst als „nächsthöhere Verwendung“ angeregt „Oberquartiermeister einer Armee (nach vorübergehender Verwendung als Divisions-Ia)“. Das bedeutete vorerst kein Avancement, dann eine weitere Verwendung auf der Ebene Oberstleutnant, bevor von einer Oberststelle und dann von

<sup>74</sup> BArch-MA, MSg 2/13575, Eidesstattliche Erklärung von Generalmajor a. D. Dr.-Ing. Werner Kennes vor dem Bürgermeister von Bovenau, 3.3.1948.

<sup>75</sup> Seine Personalakte enthält keinen Hinweis darauf; vor allem ist sie nicht – wie bei Übernahmen üblich – in den Aktenbestand der Personalabteilung des Bundesverteidigungsministeriums eingegangen.

<sup>76</sup> BArch-MA, Pers 6/276591, Franz Herber, Wittlich, an BArch-ZNS, 16.3.1959.

<sup>77</sup> BArch-MA, Pers 6/276591, Peter Herber an BArch-ZNS, 26.4.1999.

einer Beförderung die Rede hätte sein können. Herber hat offenbar auch nach der Einsicht in diese Unterlagen bis zu seinem Lebensende selbst seiner engsten Familie gegenüber konsequent die Fiktion aufrechterhalten, er sei regulär befördert worden. Wie er wohl seinen Angehörigen erklärt hat, dass der „Führer“ ihm – trotz Schreibtischverwendung – im August 1944 das Eisene Kreuz 1. Klasse verliehen hat?

Was Karl Pridun betrifft, der sich in Bregenz (Vorarlberg) niedergelassen hatte, so übermittelte er im Oktober 1953 der örtlich zuständigen Polizeibehörde einen neunseitigen Vermerk, in dem er seine Rolle in ein möglichst günstiges Licht rücken wollte.<sup>78</sup> Darin schilderte er die Vorgänge am Nachmittag des 20. Juli aus seiner Sicht – nach seiner Darstellung die Sicht eines fast Unbeteiligten. Er habe weitgehend auf seinem Zimmer gesessen und nichts mitbekommen. Von Schießereien auf den Fluren etwa erwähnte er nichts, obwohl etwa Stauffenbergs Fahrer später ausgesagt hat, sein Chef habe auf Pridun geschossen.<sup>79</sup> Dagegen wandte er sich scharf gegen Herber und von der Heyde. Als er nach seiner Verhaftung diesen beiden bei der Gestapo gegenübergestellt worden sei, hätten die sich reinwaschen wollen, indem sie ihn – Pridun – belasteten. Die Gestapo, führte Pridun 1953 zielgruppengerecht gegenüber der österreichischen Polizei aus, habe den beiden natürlich mehr geglaubt als ihm, weil er Österreicher und zudem praktizierender Christ gewesen sei.<sup>80</sup> Er gab auch an, er sei nach dem 20. Juli Oberst geworden, aber das sah er als eine „längst fällige Beförderung“, die „vielleicht auch als ein Pflaster für die erlittenen Demütigungen in der Haft“ gewesen sei. Nur traf das nicht zu: Sein Dienstposten als Abteilungschef im Allgemeinen Heeresamt war, ebenso wie die Positionen von Herber und von der Heyde, nur als „Oberstleutnant“ ausgewiesen gewesen.<sup>81</sup> Nach dem Erscheinen des Buchs von Eberhard Zeller<sup>82</sup> schob Pridun noch eine Erklärung nach, in der er Zellers Darstellung dementierte, man habe am Nachmittag des 20. Juli bereits die NS-Hoheitsabzeichen von der Uniform abgetrennt.

Pridun hatte nach dem Krieg schnell wieder Fuß gefasst und daher allen Grund, die wahren Verhältnisse zu verschleiern: Er arbeitete für die Illwerke in Bregenz und bezeichnete sich schon 1953 als „Generalsekretär“. Als im August 1968 Truppen des Warschauer Pakts in die benachbarte Tschechoslowakei einmarschierten und das österreichische Bundesheer mobilisiert wurde, saß Pridun

<sup>78</sup> IfZ-Archiv, ZS 1769, fol. 2-10, Generalsekretär Karl Pridun, Bregenz: Vermerk (Eingangsstempel „Sicherheitsdirektion 31. Okt 1953 21/6/53“, Paraphe unleserlich).

<sup>79</sup> Vgl. Hoffmann, Widerstand, S. 600.

<sup>80</sup> Dabei verschwie er schamhaft, dass er im November 1944 aus der katholischen Kirche ausgetreten war und sich seither als „gottgläubig“ bezeichnen ließ; BArch-MA, Pers 6/59047, Erklärung Priduns vom 13.11.1944.

<sup>81</sup> BArch-MA, Pers 6/277104, BArch-ZNS II 17 Nr. 1929/62 H an Bolko von der Heyde, Friedrichsdorf über Bielefeld, 16.11.1962.

<sup>82</sup> Vgl. Eberhard Zeller, Geist der Freiheit. Der zwanzigste Juli, München 1952.

– in Zivil, aber sehr wohl als „Oberst“ bezeichnet – mit am Tisch der Vorarlberger Planer für die Landesverteidigung, zur Rechten des Landeskommandanten.<sup>83</sup>

Am 27. Oktober 1962 wandte sich Bolko von der Heyde an die Zentralnachweisstelle. Für seine Altersversorgung sei es wichtig nachzuweisen, dass seine Stelle als „Abteilungsleiter Ia“ eine Oberst-Stelle gewesen sei.<sup>84</sup> Die Zentralnachweisstelle konnte ihm wenig helfen. Zwar war er vom 25. Juli bis zum 5. August 1944 vertretungsweise mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Chefs des Stabes des Allgemeinen Heeresamts beauftragt gewesen (nachdem Oberst Mertz von Quirnheim erschossen worden war), aber dies war eben nur vorübergehend gewesen. Von der Heydes eigentliche Stelle, die er danach auch wieder einnahm, war anders bewertet: „Für die Stellen des Ia sowie der Gruppenleiter waren Oberstleutnante vorgesehen.“<sup>85</sup> Anders gesagt: Von der Heyde war zwar wegen seines Verhaltens am 20. Juli befördert, aber weiterhin in einer seinem vorherigen Dienstgrad entsprechenden Stellung verwendet worden. Von der Heyde schloss sich wie viele andere ehemalige Offiziere auch nach dem Krieg der Freien Demokratischen Partei an, war aber gleichzeitig noch bis 1970 Informant für den Bundesnachrichtendienst im Rahmen seiner Bemühungen, einen Inlandsgeheimdienst zu etablieren.<sup>86</sup>

Von den beiden miteinander konkurrierenden Spielfilmen aus dem Jahr 1955 „Es geschah am 20. Juli“ (Georg Wilhelm Pabst) und „Der 20. Juli“ (Falk Harnack) über die ARD-Produktion „Stauffenberg“ von Jo Baier 2004 bis hin zu „Operation Walküre“ mit Tom Cruise 2008 – Attentat und Staatsstreich sind immer wieder in unterschiedlicher Weise verfilmt worden.<sup>87</sup> In den Filmen wie im bundesdeutschen Diskurs allgemein herrscht auch heute noch zumeist der von der NS-Propaganda gewollte Eindruck vor, es sei das Wachbataillon gewesen, das den Aufstand im Bendlerblock niedergeschlagen habe. Das liegt vor allem daran, dass die beiden Protagonisten Remer und Hagen diese Illusion für ihre rechtsradikalen politischen Zwecke weiterhin geschürt haben. Diejenigen aber, die sich tatsächlich als erste gegen die Offiziere des militärischen Widerstands gestellt und davon durchaus profitiert hatten, verschwanden später in bürgerlichen Existenzen und legten Wert darauf, von ihrer Vergangenheit nicht eingeholt zu werden. Auch insofern waren sie vielleicht typisch für ihre Generation.

<sup>83</sup> Vgl. dazu das Foto mit der Bildunterschrift „v.l.: Oberst Karl Pridun (Illwerke), Oberst Alois Uiberacker (Militärkommandant von Vorarlberg), Hauptmann der Reserve Lorenz Tiefenthaler (Bürgermeister von Feldkirch), Oberst Lothar Simma (Leiter der Ergänzungsabteilung“; [www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=9608](http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=9608) [13.2.2019].

<sup>84</sup> BArch-MA, Pers 6/277104, Bolko von der Heyde an BArch-ZNS, 27.10.1962.

<sup>85</sup> BArch-MA, Pers 6/277104, BArch-ZNS II 17. Nr. 1929/62 H an Bolko von der Heyde, Friedrichsdorf über Bielefeld, 16.11.1962.

<sup>86</sup> Vgl. Erich Schmidt-Eenboom, Der innenpolitische Einfluß des Bundesnachrichtendienstes, in: Hans-Jürgen Lange (Hrsg.), Staat, Demokratie und Innere Sicherheit in Deutschland, Opladen 2000, S. 187–201.

<sup>87</sup> Vgl. Eberhard Görner, Der 20. Juli 1944 im deutschen Film, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 27/2004, S. 31–38, und Christine Kensche, Der 20. Juli 1944 im Spielfilm, in: Nils Kleine/Christoph Studt (Hrsg.), „Das Vermächtnis ist noch in Wirksamkeit, die Verpflichtung noch nicht eingelöst.“ Der Widerstand gegen das „Dritte Reich“ in Öffentlichkeit und Forschung seit 1945, Augsburg 2016, S. 133–142.